

Die Erhebung der Kirchensteuern.

† Berlin, 3. Juli.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer letzten Sitzung bekanntlich den Beschluß gefaßt, das Verhältniß nicht zu erneuern, auf Grund dessen sie bisher die Einziehung der von den kirchlichen Organen ausgeübten Kirchensteuern gegen eine gewisse Lantime übernommen hat. Dieser principiell vollständig belanglose Beschluß hat in den Organen der conservativen Partei eine ganz unbegreifliche Aufregung hervorgerufen und zu Angriffen auf die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung Veranlassung gegeben, die sich in dem Wunsche äußern, die Staatsregierung möge einschreiten. Es wird derselben unmöglich sein, dafür eine Handhabe zu finden.

Die Stadtverordneten, die Gemeindeverwaltung überhaupt, hat mit der Veranlagung oder der Einziehung der Kirchensteuern nicht das Geringste zu thun. Für die evangelische Kirche legt die Synode die Steuern fest, hat das Recht, dieselben durch ihre eigenen Organe einzuziehen zu lassen, und hat die nötige Zwangsgewalt. Wenn bisher die Gemeinde die Einziehung befragt hat, so war das ein reiner Act der Gefälligkeit. Diese Gefälligkeit zu erweisen wurde immer nur auf den Lauf eines Jahres beschlossen, und nach Ablauf dieser Zeit stand beiden Parteien ihre Entscheidung wieder völlig frei. Auch die Synode hätte das Recht gehabt zu erklären, daß sie das Verhältniß mit der Stadtgemeinde nicht erneuern wolle, und wenn sie von diesem Rechte Gebrauch gemacht hätte, würde ihr Niemand darüber den geringsten Vorwurf gemacht haben.

Es ist gegen alle Ordnung, Jemandem, der von seinem zweifellosen Rechte Gebrauch macht, darüber Vorwürfe zu machen oder ihm Motive unterzuschieben, die er nicht selbst ausgesprochen hat. Es wird behauptet, die Stadtverordneten-Versammlung habe Kritik üben wollen an der Majorität der Synode oder an deren Beschlüssen, die Kirchensteuer zu erhöhen. Zweifellos steht den Gemeindebehörden nicht das Recht zu, an der Synode irgend eine Kritik zu üben. Wenn das versucht worden wäre, so wäre es eine grobe Ungehörigkeit, welche vom Vorsteher hätte gerügt werden müssen. Aber umgekehrt steht der Synode nicht das Recht zu, an den Maßregeln der Gemeindeverwaltung eine Kritik zu üben, und wenn auch der der Synode befreundeten Presse dieses Recht bereitwilligst zugesprochen werden soll, so geht doch dieses Recht nicht so weit, die Kritik auf die unausgesprochenen Gedanken der Stadtverordneten auszudehnen.

Der Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung wurde ohne jede Discussion gefaßt, zur sichtlichsten Ueberraschung der Commissarien des Magistrats, welcher das Abkommen mit der Synode hatte erneuern wollen, und zur sichtlichsten Ueberraschung vieler Mitglieder der Versammlung selbst. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, ein Wort der Begründung hinzuzufügen, aber dieses Wort hätte sich doch immer auf die Erklärung beschränken müssen, daß im Interesse der Commune keine Gründe ersichtlich sind, die Einziehung der Kirchensteuern in die Hand zu nehmen. Mit jedem Schritte darüber hinaus hätte die Versammlung ein Gebiet betreten, auf welchem sie sich der Kritik ausgesetzt hätte.

Daß der kirchlichen Behörde irgend eine erhebliche Schwierigkeit durch den Beschluß bereitet worden ist, ist eine offenbare Uebertreibung. Die Synagogen-Gemeinden erheben überall die von ihnen veranlagten Steuern selbst und sind damit überall gut vorwärts gekommen. Es ist gar nicht abzusehen, aus welchem Grunde andere Religions-Gesellschaften nicht dasselbe leisten können und aus welchem Grunde sie anders behandelt werden sollen.

Die Heftigkeit unbegründeter Angriffe wird es voraussichtlich der Stadtgemeinde sehr erschweren, den von ihr eingenommenen Standpunkt zu verändern.

Politische Uebersicht.

Breslau, 4. Juli.

Der „Köln. Ztg.“ wird, wie sie schreibt, aus unbedingt zuverlässiger Quelle, gemeldet, der Kaiser habe sich bei seinem jüngsten Aufenthalte in Süddeutschland wiederholt über den deutsch-schweizerischen Streitfall ausgesprochen.

„Der Kaiser erklärte dabei sein Bedauern, daß die beiden Völker, die so lange und so innig mit einander befreundet seien, jetzt in einen Streit gerathen wären, sie wüßten selbst nicht wie. Die Handhabung der Fremdenpolizei in der Schweiz habe freilich schon seit längerer Zeit Deutschland Anlaß zu Klagen und Beschwerden gegeben. Es sei aber nach den aus der Schweiz jetzt vorliegenden Berichten anzunehmen, daß auch in den dortigen maßgebenden und unbefangenen Kreisen sich die Ueberzeugung Bahn breche, daß die schweizerische Fremdenpolizei einer gründlichen Reorganisation bedürfe; derartige Änderungen seien denn auch schon thatsächlich angebahnt. So zweifle der Kaiser nicht, daß binnen kurzer Zeit die jetzigen Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden, und daß sich das frühere gute Verhältniß bald wieder herstellen lassen würde. Nach Lösung der jetzt schwebenden Frage würde die dauernde Interessengemeinschaft der beiden Völker für ungehörte Erhaltung der beiderseitigen Unabhängigkeit zweifellos mehr als je erkennbar werden.“

Dies klingt wesentlich anders, als das müßte Hohen der officiösen Presse. Jedenfalls werden diese Worte des Kaisers in der Schweiz einen freudigen Widerhall finden.

Ein Reichseisenbahngesetz im militärischen Interesse wird in einer officiösen Correspondenz der „Hamburger Nachrichten“ aus Berlin befürwortet. In der Einleitung des Artikels wird auf die Gerüchte hingewiesen über einen gewissen Gegensatz zwischen dem Generalstab und dem preussischen Eisenbahnminister. Man habe von begünstigten Denkschriften des Generalstabs gesprochen und selbst auf die angebliche Absicht hingedeutet, einen General mit der Leitung der preussischen Eisenbahnen zu betrauen. Wenn auch der größte Theil solcher Erörterungen nicht auf thatsächlicher Grundlage, sondern auf mehr oder minder gewagter Combination beruhe, so sei doch das starke Interesse der Militärverwaltung am Eisenbahnwesen nicht zu verkennen. Es wird alsdann dieses Interesse im Einzelnen näher dargelegt und erwähnt, daß in Bezug auf die Eisenbahnbauten sich kein Bedürfnis der Aenderung des bisher bestehenden Zustandes ergebe. Dagegen sei ein Bedürfnis vorhanden, durch ein Reichsgesetz im Sinne des Art. 4 Nr. 8 der Verfassung auch andere Rücksichten der Landesverteidigung gegenüber den Eisenbahnen zur Geltung zu bringen, als die in Art. 41 bis 47 der Reichsverfassung speciell gedachten. Es würde festzustellen sein, daß die Forderungen der Landesverteidigung an die Eisenbahnverwaltung in Bezug auf Betriebsanordnungen, rollendes Material und Personal, soweit sie nicht durch das allgemeine Verkehrsinteresse bedingt werden, vom Reich zu tragen sind. Der Artikel schließt dann wie folgt: „Schon damit würde voraussichtlich die Hauptquelle von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Militär-Verwaltung und der preussischen Eisenbahn-Verwaltung verstopft werden. Wenigstens verläutet, daß solche in der Hauptsache aus dem Grunde hervorgerufen sind, weil die letztere sich dazu nicht bereit fand, militärischen, von dem Bedürfnisse des Verkehrs nicht bedingten Anforderungen auf Kosten der preussischen Eisenbahnfonds gerecht zu werden. Kräfte im Wege der Reichsgesetzgebung noch eine, beiden Theilen gegenüber mit der erforderlichen Autorität ausgerüstete Instanz hinzu, welche den etwaigen Widerstreit der militärischen und Verkehrsinteressen zu schlichten hätte, so würde ohne Frage in der Folge die Innehaltung einer Eisenbahnpolitik gewährleistet sein, bei welcher die Interessen der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen, die finanzielle Seite billig geordnet und so das einträgliche Zusammenwirken aller beteiligten Factoren gesichert ist.“ — Die „Freis. Ztg.“ knüpft hieran folgende Bemerkungen:

Nach diesem Artikel zu urtheilen, scheinen nicht geringe Frictionen zwischen Herrn von Maybach und dem Grafen Waldersee stattgefunden zu haben. Ob die Selbstständigkeit der Einzelstaaten in Bezug auf das Eisenbahnwesen im Wege der Reichsgesetzgebung noch über den Umfang des Verfassungsabschnitts Art. 41—47 hinaus eingeschränkt werden kann, erscheint uns zum mindesten zweifelhaft. An diesem Zweifel scheiterte bekanntlich vor Jahren ein allgemeines Reichseisenbahngesetz. Zur Gewährung von Geldmitteln an die Einzelstaaten auf Grundlage von Vereinbarungen mit denselben aber bedarf es keines besonderen neuen Reichsgesetzes. Die verlangte Instanz zur Ausgleichung von Meinungsverschiedenheiten scheint uns im Collegium des preussischen Staatsministeriums bereits vorhanden zu sein, da denselben ebenso der Kriegsminister wie der Eisenbahnminister angehören. Im Uebrigen eröffnet der Artikel eine neue Aussicht auf große neue Militärcredite, während man nach den letzten großen Bewilligungen seit 1887 solche abgeschlossen zu sehen glaubte.

Die Neuordnung des Einjährig-Freiwilligen Dienstes in Oesterreich, die Erhöhung der wissenschaftlichen Qualifikation und die Verpflichtung des Einjährigen, ein zweites Jahr zu dienen, falls er das Reserve-Offizier-Examen nicht besteht, hat den Erörterungen über eine etwaige Umgestaltung dieses Dienstes in Deutschland neuen Stoff geboten. Von einigen Seiten wird jetzt schon die Einführung des österreichischen Systems in Deutschland, mindestens soweit es sich um das eventuelle zweite Dienstjahr handelt, befürwortet und daß, ehe noch ein auf Erfahrungen beruhendes Urtheil über die durch die Verordnung vom 22. Nov. 1888 eingeführten Neuerungen vorliegen kann. Eine Erhöhung der wissenschaftlichen Anforderungen ist bisher nicht erfolgt. Daß eine solche schon deshalb wünschenswerth ist, um die höheren Schulen von denjenigen Schülern zu befreien, die sich nur deshalb bis Untersecunda durchqualifizieren, um die Befähigung zum einjährig freiwilligen Dienst zu erhalten, wird fast allseitig zugegeben. Auf der andern Seite aber liegt es auf der Hand, daß durch eine so scharfe Steigerung der wissenschaftlichen Anforderungen viele Elemente von dem einjährig freiwilligen Dienst zurückgehalten werden, welche militärisch durchaus leistungsfähig und zur Verwendung als Offiziere im Kriege durchaus geeignet sind. Ist die Zulassung zum einjährig freiwilligen Dienst eine der Bildung und nebenbei auch dem Besitz gewährte Vergünstigung, so ist die Ausbildung möglichst vieler Einjähriger Freiwilligen zu Reserveoffizieren in dem Maße eine Nothwendigkeit, als der Bedarf der Offiziere im Kriegsfalle durch die Erweiterung der Heeresorganisation gesteigert worden ist. Das Material zur Deckung dieses Bedarfs wird aber erheblich vermindert werden, wenn nach österreichischem Vorbilde die Zulassung an das Reifezeugniß der Gymnasien oder einer achtklassigen Mittelschule geknüpft werden sollte. Die Bestimmungen über die Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen zu Reserve-Offizieren, welche die Wehrordnung eingeführt hat, tragen dem Bedürfnis, diese Ausbildung zu fördern, bereits in weitem Umfange Rechnung. Die Einjährig-Freiwilligen haben nach Beendigung des Dienstjahres eine Prüfung abzulegen. Bestehen sie dieselbe, so werden sie bei der Entlassung zum Reserve-Offiziers-Aspiranten unter gleichzeitiger Beförderung zum überzähligen Unteroffizier ernannt. In dem ersten Jahre nach ihrer Dienstzeit haben sie eine achtwöchentliche Uebung beaufsichtigt Ablegung der Reserve-Offiziersprüfung und in dem zweiten Jahre eine Uebung von gleicher Dauer beaufsichtigt die Einverleibung des Truppenbefehlshabers für den Vorschlag zum Reserveoffizier durchzumachen. Am Schluß der ersten Uebung, während welcher der Aspirant Unteroffiziersdienste thut, wird derselbe, falls er das Reserveoffiziers-Examen bestanden hat, zum Vicesfeldwebel ernannt. Am Schluß der zweiten Uebung, während welcher der Aspirant Offiziersdienste thut, erfolgt die Wahl zum Offizier. Diejenigen Einjährig-Freiwilligen, welche die Offiziers-Aspirantenprüfung nicht bestanden haben, müssen in zwei aufeinander folgenden Jahren je achtwöchentliche Uebungen durchmachen, welche den Zweck haben, die Betreffenden zu Unteroffizieren der Reserve auszubilden. Diese zu einem zweiten Dienstjahr nach österreichischem Muster zu verpflichten, scheint zweckwidrig. Falls eine sachgemäße Ausbildung der Einjährig-Freiwilligen

Nachdruck verboten.

Evas Roman.

Von H. Art.

[11]

Zwei Stunden später war auch die Edle von Lindernau abgereist, nicht ohne daß sie einiges Silbergeschätz und diverse Juwelen, welche die selige Tante ihr angeblich bei Lebzeiten versprochen, mitgehen gelassen. Als der Wagen mit Frau Margarete und ihrem Gasten über die Rampe rollte, kam über den sonst ziemlich gelassenen Wolf ein toller Uebermuth.

„Ginnsgegrault!“ lachte er schallend auf. Dann faßte er Eva, wirbelte ein Paar mal mit ihr durch das Zimmer, hob sie hoch, küßte sie. — „So, Schatz, nun bist Du mein, und das Wespen-geschmeiß wird für die nächste Zeit wohl unserem Neste fern bleiben.“

„Aber so etwas wie eine Ehrengarde mußt Du doch haben, Kind!“ sagte er dann. „Kennst Du nicht vielleicht hier im Städtchen eine ältere Dame, die vorläufig zu Dir kommen könnte?“

„Ja,“ sagte Eva, „Fräulein Thusekda Schwanzflügel.“

„Thusekda Schwanzflügel? Um Gottes willen, wer ist denn das?“ lachte Baron Wolf wieder.

„D, die Schwester unseres Pastors,“ sagte Eva mit Wichtigkeit, „eine sehr gebildete Dame und Dichterin.“

„Dichterin! Auch das noch?“ pöfete Wolf vor Vergnügen.

„Nun, das ist doch etwas sehr Schönes, eine Dichterin!“ sah Eva ihn ob seiner Heiterkeit etwas verwundert an.

„Natürlich, natürlich,“ bemühte Wolf sich ernsthaft zu sein. „Was dichtet sie denn?“

„Nun — Gedichte, — o, so rührende! Aber sie schreibt auch Romane.“

„Muß man die lesen?“ fragte Wolf.

„Ach, man muß gerade nicht, aber sie hat es ganz gern.“ sagte Eva treuherzig.

„Na, so bitte sie in Gottes Namen, zu Dir zu kommen,“ sagte Wolf.

Gegen Abend kam Fräulein Schwanzflügel an, — eine hochgewachsene Dame von idealer Nagerkeit, mit sandfarbenem Haar und schwimmenden, blauen Augen, im Alter zwischen vierzig und sechzig. Sie trug in Anbetracht der ersten Veranlassung ein schwarzes Kleid,

und den Maiblumenkranz auf ihrem weißen Schäferhut verhielte discret ein wallender, schwarzer Schleier. Am Arm hing ihr ein Pompadour von beträchtlichen Dimensionen, welchen Baron Wolf im Verdacht hatte, ihren jüngsten Roman und die neuesten Gedichte zu enthalten. Baron Wolf hatte sie nur ein tiefes Compliment gemacht, Eva hingegen schloß sie nach kurzem Zögern in die Arme, und die spontane Herzlichkeit, mit welcher sie dies that, entlockte dem Baron einen Seufzer der Erleichterung. Also war doch ein Fünkchen Natur noch an der dicken Dame. Die wohlgehefte, empfindsame Beileidsrede, zu der sie sich alsdann anschickte, drängte diesen guten Eindruck indes sehr bald wieder in den Hintergrund.

Am Abend kam auch der Vormund Herr Friedrich August Schulze an. Er war ein ganz respectabler Mann, obgleich er August Schulze hieß, besaß einen genügenden Theil gefunden Verstandes und hatte das Herz auf dem rechten Fleck. Er hatte noch Eva's Großvater mütterlicherseits, den seligen Kassensekretär, gekannt und hatte der verwitweten Baronin Westerköln, ehemals Riesig, gleich er August Schulze, bis zu ihrem Tode mit Rath und That treulich zur Seite gestanden. Zu anderer Zeit hätte Wolf, der ebenfalls sein wohlgeordnetes Theil aristokratischen Stolzes besaß, der Umstand nicht sonderlich behagt, daß ein Mensch, der mit Heringen und Käse gehandelt, der Mutter seiner Braut thatsächliche Unterstüzungen gewährte; in der Oppositions Stimmung jedoch, in die ihn seine zärtliche Verwandtschaft versetzt hatte, bereitete es ihm ein Vergnügen, derselben noch ein weiteres Schnippschen zu schlagen, indem er Herrn August Schulze mit cordialster Wärme behandelte.

Als Wolf von Westerköln jedoch später in seinem Zimmer sich zur Nachtruhe anschickte, kam ihm das Komische der gegenwärtigen Situation so überwältigend zum Bewußtsein, daß er hell aufschrie.

„Fräulein Thusekda Schwanzflügel und Herr Friedrich August Schulze als Schutzgeister in Deinem Hause waltend, — o, Tante Westerköln, drehst Du Dich nicht im Grabe um?“

VI.

Die nötigen Formalitäten, welche die Uebnahme der Erbschaft mit sich brachte, waren bald erledigt. Eva hatte gewünscht, daß Alles sofort auf den Namen ihres künftigen Gatten übertragen werde, und Wolf hatte dagegen nichts einzuwenden gehabt, da er einen solchen Beweis absoluten Vertrauens nur natürlich fand; allein Herr Schulze hatte höflich, doch sehr bestimmt dagegen opponirt, und so war denn

ein beträchtliches Capital zu Eva's ausschließlicher Verfügung gestellt und die Verwaltung desselben August Schulze übertragen worden. Mit einer schüchternen Bitte war Eva noch hervorgetreten.

„Lieber Wolf, der arme Sean, — es ist so jammervoll, wie alt und hilflos er seit dem Tode der Tante geworden ist und —“

„Gutes Kind,“ hatte Wolf ihre Gedanken errathen, „wir wollen ihm bis an sein Ende eine jährliche, angemessene Rente zusichern.“

„Wie gut Du bist! Aber das ist es doch nicht so ganz, was ich meine,“ hatte Eva geantwortet. „Sieh, Sean hat der Tante mit solcher Treue und Verehrung gedient, und es muß ihn innerlich doch kränken, wenn sie so garnicht ein Bißchen für seine Zukunft besorgt gewesen ist. Und da meine ich, wenn man es so einrichten könnte, daß Sean glaubt, es sei ein Vermächtniß der Tante.“

Baron Wolf fand zwar diese Zartförmigkeit völlig unnötig, war auch der Ansicht, daß Sean schon selber bei Zeiten für seine Zukunft gesorgt haben werde, doch widersprach er Eva nicht, und Sean erhielt als ein ihm von der Gräfin ausgesetztes Legat ein kleines Capital, welches er als letzte Gnade seiner erlauchten Herrin mit gebührender Dankbarkeit und Wehmuth annahm.

Eva's Vermählung mit Wolf von Westerköln, deren Schnelligkeit schon durch die Testamentsklausel geboten war, fand nach wenigen Wochen statt. Es war eine stille, von jedem Pomp freie Hochzeit. Herr August Schulze und Fräulein Thusekda Schwanzflügel waren die Trauungszeugen, letztere sehr feierlich und sehr gerührt. Als die neu angetraute Frau, strahlend vor Glück und doch mit Thränen in den Augen, sie beim Abschied umarmte und ihr dabei erlösend zuflüsterte: „Wie habe ich Sie immer darum bewundert, daß Sie Romane schreiben können, und nun habe ich sogar einen solchen erlebt, — da schüttelte Fräulein Thusekda wehmüthig und weisheitsvoll das Haupt.“

„Ein Roman? Nein, Kind, das ist nur ein Jolly. Gott schübe Sie, daß Sie nie etwas anderes erleben; glückliche Menschen haben keine Romane.“

Und Herr Friedrich August Schulze, der vor Jahresfrist seine Gattin Wilhelmine begraben, nicht schmerzlich vor sich hin, fuhr mit den weißen Glacehandschuhen verflohen über die Augen und sandte Fräulein Schwanzflügel einen bewundernden Blick zu. Seine Werthschätzung einer Dichterin war kaum eine mindere als Eva's blindgläubige Bewunderung. (Fortsetzung folgt.)

durch besondere Offiziere erfolgt, so daß der Schlenbrian der früheren Zeit, wo es meist auf eine schablonenhafte Abrihtung durch den Unteroffizier ankam, vollständig beseitigt wird, so muß die Prüfung am Ende des Dienstjahres über die Frage der Befähigung zum Reserveoffizier ein ziemlich sicheres Urtheil gestatten. Die Verlängerung der Dienstzeit um ein Jahr hat nur dann einen Sinn, wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß die Fähigkeit zum Offizier angebrüllt werden kann. Wer sich nach dem ersten Jahre nicht zum Offizier qualifiziert, wird nach dem zweiten Jahre erst recht untauglich sein.

Deutschland.

Berlin, 3. Juli. [Der Handel mit Apothekerwaren und das Geheimnisswesen] geht seiner Regulirung entgegen. Die Vorberathungen, welche zu diesem Behufe innerhalb der kompetenten Organe der preussischen und der Reichsregierung stattgefunden haben, sind, wie die „Staat. Corr.“ erzählt, schon seit einiger Zeit abgeschlossen und das gesammte Material ist als Grundlage für einen Gesetzentwurf verarbeitet, welcher zur Zeit der definitiven Beschlußfassung in maßgebender Stelle unterliegt. Die Regelung der ganzen Angelegenheit wird nicht sowohl zu gesetzlichen Bestimmungen, betreffend das Geheimnisswesen, als vielmehr zu Vorschriften über den Verkauf und den Handel mit Apothekerwaren führen. Nach einer kaiserlichen Verordnung ist zur Zeit das Festhalten und der Verkauf gewisser Zubereitungen als „Heilmittel“ nur in Apotheken gestattet, ohne Unterschied, ob diese Zubereitungen aus ärztlich wirksamen oder aus solchen Stoffen bestehen, welche an und für sich zum medicinischen Gebrauche nicht geeignet sind. Auch der Handel mit speziell in jener Verordnung bezeichneten Drogen und chemischen Präparaten ist nur in Apotheken gestattet. Durch eine geeignete Umarbeitung, Ergänzung und Erweiterung dieser verordnungsmäßigen Bestimmungen hat man die Basis gewonnen, um auf gesetzlichem Wege auch dem Geheimnisswesen, soweit es insbesondere auch durch den Handel mit giftigen und gesundheitsgefährlichen Stoffen einen gewissermaßen gemeingefährlichen Charakter hat, die Spitze abzubrechen. Das Material für den in Aussicht stehenden Gesetzentwurf erschöpft so ziemlich vollständig die in der Öffentlichkeit so vielfach discutierte Frage der Bekämpfung des Geheimnisswesens. Die Entscheidung über den erwähnten Entwurf dürfte in den nächsten Monaten erfolgen, so daß es nicht unwahrscheinlich ist, daß die diesbezügliche Gesetzesvorlage bereits den nächsten Reichstag beschäftigen wird. Es erscheint hierbei nicht ausgeschlossen, daß bei den umfassenden und detaillirten Vorschriften, welche die neue Vorlage enthalten wird, dieselbe sich zu einem allgemeinen Reichs-Giftgesetze entwickelt.

[In einem Erlaß an die Provinzialsteuer-Direction zu Hannover] hat der Finanzminister sich damit einverstanden erklärt, daß, wenn von zwei gleichzeitig eingeschworbenen und daher confiscirten Gegenständen der eine zum Verkauf gelangt, der andere aber bestimmungsmäßig vernichtet werden muß, weil ein Zoll mindestens gleichkommendes Angebot nicht zu erlangen ist, der Erlaß für den ersten Gegenstand nach Abzug des auf demselben ruhenden Zolles, sofern dieser nicht von dem Defraudanten bezahlt wird, für die Landeskasse vereinnahmt werden muß, und daß es nicht gerechtfertigt sein würde, auch den Zoll für den zweiten — vernichteten — Gegenstand aus dem Erlaß für den ersten Gegenstand zu decken, der Zoll für den zweiten Gegenstand vielmehr, falls er nicht von dem Defraudanten eingezogen oder aus anderen beschlagnahmten Vermögensgegenständen desselben (Transportmittel etc.) gedeckt werden kann, als uneinziehbar in Abzug zu stellen ist. Eine das Gegenheil anordnende Verfügung vom Jahre 1839 hat bei nochmaliger Prüfung nicht aufrecht erhalten werden können.

[Das Urtheil im Proceß Wollant-Hagemann.] Der Proceß gegen die Militärlieferanten Wollant und Hagemann ist am Mittwoch Mittag zum Abschluß gelangt. Um 12 Uhr verhandelte Landgerichtsdirector Schmidt das Urtheil, aus dessen Begründung wir, nach den Berichten Berliner Zeitungen, Folgendes hervorheben. Die erste Frage: Sind die Zahlmeister Beamte im Sinne des Gesetzes? hat der Gerichtshof bejaht. Allerdings haben sie keine Stimme in der Menage-Commission; aber sie werden zu Gutachten über die zu prüfenden Offerten aufgeführt, sie haben die Verträge zu bearbeiten und diese Arbeiten sind als amtliche anzusehen. Thatsächlich haben sie Einfluß gehabt und geübt; denn sie hatten darin ein gewichtiges Wort mitreden können, ob ein bereits bestehender Vertrag verlängert oder aufgehoben werden sollte. Die concrete Pflichtwidrigkeit in jedem einzelnen Falle braucht nicht nachgewiesen zu werden, es genügt, wenn die Natur der Beamteneigenschaft gekennzeichnet

ist. Die mühselige und eingehende Beweisaufnahme habe ergeben, daß die Angeklagten diese Beamteneigenschaft der Zahlmeister kannten. Sie wußten, welchen Einfluß die Letzteren zu ihren Gunsten im Kampfe mit der Concurrenz geltend machen konnten, sie suchten dieselben daher zunächst günstig für sich zu stimmen. Sie ließen sich dann discreter Mittheilungen machen und günstige Urtheile ausstellen, und die Angeklagten, sowohl Hagemann wie Wollant, wußten auch, daß sie die Beamten dadurch zu Pflichtwidrigkeiten verleiteten. Es waren große Opfer, die die Angeklagten zu diesem Zwecke aufwandten. Sie wandten den Zahlmeistern nicht nur viel bares Geld zu, sie hielten dieselben auch frei bei gemeinschaftlichen Ausgängen, sie machten den Angehörigen Geschenke, sie gewährten Darlehen ohne Schuldschein. Daß die Angeklagten sich der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise bewußt gewesen, das beweise der Umstand, daß die laufenden Gelder in discreter Weise geschickt wurden, und daß zur Buchung dieser Ausgaben eine Art Geheimschrift benutzt wurde, denn der Gerichtshof sei der festen Ueberzeugung, daß die oft erwähnten Zeichen eine solche darstellen sollten. Nach diesen allgemeinen Erörterungen geht der Präsident zu den einzelnen Fällen über. In sieben Fällen habe der Gerichtshof die Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten nicht gewonnen und deshalb ein freisprechendes Urtheil gefällt. Der Gerichtshof hält dagegen den Angeklagten Hagemann in 19 und Wollant in 12 Fällen für schuldig. — Was die Strafbemessung anbelange, so müsse den Angeklagten Hagemann eine ungleich härtere Strafe treffen als Wollant. Hagemann sei die Seele der systematisch betriebenen Straftathen gewesen, er habe sich nicht bloß während der Reihe von Jahren, in denen die Straftathen begangen wurden, sondern auch während der Voruntersuchung und im Laufe der Verhandlung als ein Mann gezeigt, dem der Begriff von Ehre vollständig abhanden gekommen sei. Nicht so Wollant. Derselbe habe besonders während der Verhandlung sich in einer Weise benommen, wodurch er die Achtung des Gerichtshofes gewinnen mußte, er habe nicht geleugnet und sich in einem Falle sogar lieber selbst belastet, als zugegeben, daß ein Zeuge seine falsche Aussage mit einem Eide erhärtete. Diese Handlungsweise müsse ihm unvergessen bleiben, und dies sei bei der Strafbemessung auch gebührend berücksichtigt worden. Es sei demzufolge dahin erkannt worden, daß Hagemann mit 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Wollant mit anderthalb Jahren Gefängnis zu bestrafen sei. Jedem Angeklagten sind neun Monate durch die erlittene Untersuchungshaft abzurechnen. — Der Staatsanwalt beantragt darauf gegen Hagemann wegen der Höhe der Strafe die sofortige Wiederverhaftung, ein Antrag, dem der Vertbeider, Rechtsanwalt Dr. Friedmann, um so mehr widersprach, als er beabsichtige, gegen das Urtheil beim Reichsgericht die Revision einzulegen. Der Gerichtshof verfügte indeß nach dem Antrage des Staatsanwalts und Hagemann wurde sofort ins Gefängnis abgeführt.

[Dr. Lipp.] Herausgeber und Redacteur der „Heilbronner Zeitung“, war wegen Meineids vor das Schwurgericht gestellt, ist aber nebst seinem Mitangeklagten Huber freigesprochen worden. Der Meineid sollte begangen sein bei einer Zeugnisaussage in einem Verleumdungsproceß. Lipp hatte als Zeuge angeführt, daß er den Verfasser eines Berichtes in der „Heilbronner Zeitung“ über eine gegnerische Verleumdung nicht kenne. Die Anklage hatte das Gegentheil behauptet. Der freisprechende Spruch der Geschworenen erfolgte einstimmig.

Niel, 2. Juli. [In der Proceßsache des Prinzen von Schleswig-Holstein] gegen die Testamentvollstrecker des Prinzen Friedrich, Grafen von Noer, hat heute das hiesige Oberlandesgericht zum zweiten Male auf Abweisung des Klägers erkannt, welcher die Herausgabe der Güter Noer und Grönwohld gefordert hatte. Diese Güter gehörten früher zu einem Fideicommiss für die nachgeborene Linie des Augustenburgischen Fürstenhauses; dieses Fideicommiss wurde aber von König Friedrich VII. aufgehoben und seit den fünfziger Jahren haben der Prinz von Noer und sein Sohn, der Graf von Noer, die freie Verfügung über diese Güter gehabt, die ihnen bei Lebzeiten auch nicht freitragend gemacht ist. Beide Prinzen haben Bürgerliche geheiratet und da der Graf von Noer ohne männliche Nachkommen gestorben, hinterließ er seiner Wittve und seinen beiden Töchtern die beiden Güter, welche er schon von seinem Vater als freies Eigentum ererbt hatte. Diese letztwillige Verfügung des Grafen von Noer wurde von dem Prinzen Christian, Namens des Augustenburgischen Fürstenhauses, angegriffen. Von dieser Seite wurde nachträglich die Behauptung aufgestellt, daß König Friedrich von Dänemark zur Aufhebung der fideicommissarischen Eigenschaft des Gutes Noer und Grönwohld nicht befugt gewesen sei. Dagegen ist mit Recht eingewendet, daß die Dänenkönige in einer Reihe von Fällen Fideicommiss mit vollkommen rechtlicher Wirkung aufgehoben haben. Schon im vorigen Jahre hatte das hiesige Oberlandesgericht die Aufhebung des Noer-Grönwohld'schen Fideicommisses als einen legalen Act erklärt. Auf die beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen, und dieses hat wiederum auf Zurückweisung des Klägers erkannt. Ob dieser jetzt nochmals ans Reichsgericht gehen wird, ist nicht bekannt, man hält aber dafür, daß materiell die Entscheidung eine endgültige sein und daß die Kinder des Grafen von Noer die Erben seiner Güter bleiben werden.

Wiesbaden, 2. Juli. [Die Frau des wegen Giftmordversuchs verurtheilten Müller] ist gestern Abend durch einen Criminal-Schutz-

mann in ihrer Wohnung in der Steingasse verhaftet worden. Sie soll bringend der Beihilfe an dem Verbrechen ihres Mannes verdächtig sein und hat bereits heute Morgen eine Vernehmung vor dem Staatsanwalt gehabt. In dem Proceß gegen ihren Mann, von dem sie zwar geschieden ist, mit dem sie aber vor wie nach Vertheil hatte, so lange er sich in Freiheit befand, war sie als Zeugin für ihren Mann und gegen Frau Fowler aufgetreten. Die nunmehr Verhaftete ist aber nicht verurtheilt worden. Müller hat noch vor dem Urtheilspruch ein Geständnis abgelegt und scheint jetzt, von Reue erfaßt, noch mehr zu bekennen.

Frankreich.

1. Paris, 2. Juli. [Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.] welche der Förderung des Budgets des Ministeriums des Inneren hätte gewidmet sein sollen, wurde durch eine neue, auf Standal abzielende Interpellation ausgesetzt. Die boulangistische „Presse“ hatte einen gegen den Consequenzpräsidenten Tirard gerichteten Schmäheartikel veröffentlicht, welchem angeblich eine Aussage des radicalen Abgeordneten D'hard zu Grunde lag. Dieser hatte den Besuch eines Erfinders Sourbès erhalten, der ihm erzählte, er hätte im Jahre 1881 eine neue Alkohol-Baage zur Präcisirung des Meter-Systems dem Handelsministerium eingereicht, um ein Patent darauf zu erhalten. Statt dessen wäre die Sache verschleppt worden und hätte sich die Verwaltung das System Sourbès angeeignet. Dieser wurde klager und die Experten erkannten ihm einen Schadenersatz von 10 000 Franken zu. Das Handelsgericht der Seine sprach dem Erfinder aber 80 000 Franken zu, und nun wurde Herrn Tirard die Zuzahlung gemacht, sie bezahlen zu lassen, damit das Publikum nicht in gewisse mißliebige Hände eingeliefert würde; er aber erwiderte, er wäre nicht dazu da, um irgend etwas zu vertuschen, und selbst hörte er nichts mehr von der Angelegenheit. Diese Thatsachen gehen aus einem ziemlich verworrenen Meinungsaustausch zwischen dem radicalen Pariser Abgeordneten Lafont, dem Consequenz-Präsidenten, dem Präsidenten des Enquete-Ausschusses Desmons und dem Conservativen de la Ferrière hervor. Es lag auf der Hand, daß Tirard nicht die geringste Verantwortung für die Verschwendung zukommt, welche der erbiterte Sourbès gegen die Verwaltung erhebt, und daß die „Presse“ gelogen hatte, indem sie der Sache einen Ansprich gab, aus dem man schließen könnte, Tirard hätte daraus einen persönlichen Nutzen gezogen. Mit dem Standal war es nichts, da selbst die Rechte den Erklärungen Tirards Glauben schenkte, und darum versuchte es der Abg. Andrieux es nun auf andere Weise. Die Schuld, von der Tirard frei war, wälzte er auf den Finanzminister Rouvier, welcher sich keinen Augenblick befand und verlangte, daß die Frage in eine Interpellation umgewandelt würde. Er zeigte Zeitungsblätter, die ihm aus der Normandie geschickt worden waren, und die Angelegenheit in ähnlicher Weise behandelten, was er einer Bosheit des Berichterstatters des Enquete-Ausschusses de la Ferrière zuschrieb. Dieser verteidigte sich schwach und nun entstand ein Tumult, in dem Andrieux und Rouvier einander heftig angriffen und der in ein Handgemenge ausgeartet wäre, wenn die Huissiers sich nicht ins Mittel gelegt hätten. Das Ende war die Annahme folgender Tagesordnung:

„Die Kammer brandmarkt von Neuem das gegen die Regierung der Republik gerichtete System gehässiger Verleumdungen und geht zur Tagesordnung über.“

Darauf drang noch folgender Zusatz durch, der auf die Mittheilung des Berichtes des Enquete-Ausschusses über die Angelegenheit Sourbès an gewisse Pressorgane Bezug hat:

„Die Kammer fordert ihren Vorstand auf, binnen kürzester Frist zu einer Untersuchung zu schreiten über die Entwendung und die Verwerthung gewisser parlamentarischer Documente zu Presszwecken, und nöthigenfalls Strafmaßregeln anzuordnen.“

Dieser Zusatz war rebigirt worden in Folge der Antändigung

Andrieux, er gedächte den Justizminister zu interpelliren über seine Haltung zu dem Bericht des Enquete-Ausschusses, der im Augenblick des Wilson-Standals eingesetzt worden war.

Großbritannien.

*** London, 2. Juli.** [Der Schah von Persien in England.] Auf der Zinne des Buckingham-Palastes weht neben dem „Union Jack“ das persische roth-weiße Banner, denn seit gestern Abend ist Nasse-Eddin, der Schah von Persien, der Gast der englischen Nation.

Kleine Chronik.

Josef Weilen ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestern in Wien gestorben. Weilen, dessen Familienname ursprünglich Weil lautete, war als Sohn armer Eltern in dem zechischen Dorfe Jettin bei Prag am 28. December 1830 geboren worden, absolvirte mit Mülhe und unter Entbehrungen in Prag das Gymnasium und kam im Winter von 1847 auf 1848 nach Wien, um sich hier entweder zum Dichter oder zum Schauspielers auszubilden. Aber die Bewegung des Jahres 1848 sollte für ihn verhängnisvoll werden. In Folge seiner Befreiung an der Studenten-Region wurde er im November schwangere als gemeiner Soldat zu dem Regiment Hoch- und Deutschmeister abgestellt und machte den Feldzug in Ungarn mit. Aber er wußte sich in diesen jähren Schicksalswechsel mit so festem Muthe zu finden und den Anforderungen des militärischen Dienstes so vollkommen zu entsprechen, daß er bald die Anerkennung und das Vertrauen seiner Vorgesetzten gewann und nach wenig mehr als einem Jahre (im December 1849) zum Offizier befördert wurde. Als Offizier bildete er sich nun nicht bloß militärisch aus, sondern legte durch seine eifrigen Studien auch den Grund zu seiner späteren literarischen Thätigkeit. Seine Befreiungen wurden bekräftigt und unterstützt, indem er 1852 zum Professor der Geschichte am Cadetten-Institut in Hainburg ernannt und in gleicher Eigenschaft 1854 an die Genie-Akademie in Znaim versetzt wurde, wo er sieben Jahre lang wirkte. In dieser Zeit schrieb er seine ersten dramatischen Dichtungen „Jettin“ und „Heinrich von der Aue“, von denen „Jettin“ mit günstigem Erfolge zuerst in Bresslau und am 19. September 1859 im Wiener Burgtheater aufgeführt wurde. Am 27. November 1860 folgte die erste Aufführung des „Heinrich von der Aue“ im Burgtheater. Um in Wien selbst sich literarisch weiter ausbilden zu können, bewarb sich Weilen in einer Audienz beim Kaiser um eine seinen Fähigkeiten und Befreiungen entsprechende Stelle; er wurde zum Scriptor an der Hof-Bibliothek ernannt, welchen Posten er im September 1861 antrat. Seit jener Zeit, also nahezu achtundzwanzig Jahre lang, hat Weilen — wie er sich als dramatischer Schriftsteller nannte — eine angelegene Stellung in den literarischen Kreisen Wiens eingenommen. Im Jahre 1862 wurde er auch zum Professor der deutschen Literatur an der Kriegsschule ernannt. Groß war die Anzahl der dramatischen Dichtungen, die Weilen in den nächsten Jahren geschaffen hat und die — allerdings mit wechselndem Erfolg — vom Burgtheater aus über die deutschen Bühnen gegangen sind. Besonders erwähnt zu werden verdienen unter diesen Dichtungen „Edda“ (1864), das Festspiel „Der Tag von Dudenarde“ zur Enthüllung des Prinz Eugen-Denkmals (1865), „Drachomira“ (1867), „Hofmanns“ (1869), „Graf Horn“ (1870), „Der neue Achilles“ (1871), „Dolores“ (1874), „König Erid“ (1880), wozu sich noch mehrere dramatische Arbeiten kleineren Umfangs gesellen. Außerdem veröffentlichte Weilen zwei Romane und zwar „Unerschlick“ (1879) und „Daniela“ (1884). Im Jahre 1873 wurde er zum Director der Schauspielerschule des Conservatoriums ernannt, deren Leitung er mit dem besten Erfolge geführt hat, und im Jahre 1883 erwählte ihn der Wiener Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia“ zum ersten Male zu seinem Präsidenten, auf welchen Ehrenposten er seitdem wiederholt berufen worden ist und den er bis zu seinem Tode inne hatte. Als Kronprinz Rudolph den Plan der Herausgabe seines großen Volksbuches über Oesterreich-Ungarn faßte, übertrug er Weilen die redactionelle Leitung des Werkes. Nach dem Ableben des Kronprinzen betraute die Kronprinzessin Weilen mit der Fortsetzung des Werkes. Weilen erlag einem Krebsartigen Leiden, welches wiederholte operative Eingriffe notwendig machte.

Wider den Mißbrauch des Studirens. Die „Nordd. Allg. Z.“ brucht ein Edict des Königs Friedrich I. von Preußen ab, von welchem sie meint, daß der Grundgedanke desselben noch heute maßgebend sein müsse. Das Edict lautet:

„Edict wider den Mißbrauch des Studirens.“ Nach dem Se. Königl. Majestät in Preußen z. z. Unser allergnädigster König und Herr erwogen, was gestalt bereits von vielen Seiten her gellaget worden, daß die Studia in allen Facultäten dadurch in Abgang und fast in Verachtung gerathen, weilen ein jeder bis auf Handwerker und Bauern seine Söhne ohne Unterscheid der Ingenieur und Capacität studiren und auf Universitäten und hohen Schulen sumptibus publicis unterhalten lassen will, da doch dem Publico und gemeinen Wesen vielmehr daran gelegen, wann dergleichen zu denen Studis unfähige Ingenieur bey Manufacturen, Handwerken und der Militz, ja gar bey dem Ackerbau nach eines jeden Condition und natürlicher Zuneigung angewendet, und sie dergestalt ihres Lebens Unterhalt zu verdienen unterweisen Vorleser veranlaßt worden, dahin bedacht zu seyn, wobergestalt solchen Inconvenienzen remediret, die Studia in vorigen Werth gebracht und das Commodum publicum befördert werden möge, zu welchem Ende Se. Königl. Majestät hiermit und Kraft dieses verordnen, auch zugleich allen und jeden Magistraten in Städten und fürnemlich denjenigen, sowohl Geistlichen als Weltlichen, welchen die Aufsicht der Schulen anvertrauet ist, allergnädigst und ernstlich anzuhehlen, auf die Jugend in selbigen fleißig acht zu haben, solche selbst zum öfteren zu visitiren, unter denen Ingenieur, welche zu denen Studis sich wohl anlassen und von ihrer Fähigkeit gute Proben geben, einen Selectum zu machen, und diesen zwar in ihrem Zweck beförderlich zu sein, diejenigen aber, welche entweder wegen Stupidität, Trägheit oder Mangel des Lustes und Triebes, oder auch anderen Ursachen zum Studiren unfähig seynd, in Zeiten davon ab- und zur Erlernung einer Manufactur, Handwerks oder andern rechtlichen Profession anzuweisen, selbige auch nicht weiter, als fürnemlich in dem wahren Christenthum und Fundament der Gottesfurcht, dann auch im Lesen, Schreiben und Rechnen unterweisen und informiren zu lassen, damit nicht, wie es sich wol zuträget, Schüler von 20 bis 30 Jahren dem Publico und ihnen selbst zur Last, und den Informatoren zur Verfeinerung erfinden werden mögen. Hievon geschieht Unser ernstlicher Wille und Meinung.

Signaturum Charlottenburg, den 25. Augusti 1708.
(L. S.) (gez.) Friedrich.
(gez.) Graf v. Wartenberg.“

Ueber den Verlauf der Auction der Secretan'schen Bilder-sammlung (erster Tag) werden uns aus Paris noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die Perle der Sammlung, das „Angelus“ von Millet, bleibt Frankreich; der Staat hat es für 553 000 Franken erstanden, wozu noch 5 pCt. Spesen kommen. Bis zu 552 000 Franken bot eine Gruppe mit, welche für die American Artistic Association handelte. „Fünfhundertdreißigtausend“ rief Herr Antonin Proust, eine lange Pause trat ein, Niemand bot weiter, der Hammer fiel und das Meisterwerk war Eigentum des Louvre. In diesem Augenblicke drangen von allen Seiten Bekannte und Unbekannte auf den Bevollmächtigten des Staates, um ihn zu beglückwünschen. Wie Albert Wolff im „Figaro“ erzählt, hatte Herr Proust an den Patriotismus der französischen Kunstfreunde und Sammler appellirt, und es waren ihm von diesen 860 000 Franken zur Verfügung gestellt worden, 200 000 geschenkwiese, so daß der Staat nur die übrigen zwei Drittel zu bezahlen haben wird. Der

Consequenzpräsident wird nun von den Kammern einen Credit zu diesem Behufe verlangen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß man ihm denselben gewähren wird. Das „Angelus“ ist ein Bild von mittlerer Größe: 54 Centimeter hoch und 65 Centimeter breit. Es stellt eine Ebene in der Abenddämmerung dar; ein junger Mann und ein Mädchen halten in ihrer kindlichen Beschäftigung inne beim Klänge der Vesperglocke und mit diesen einfachen Menschen athmet die ganze Natur Andacht. — Wir geben nachstehend noch einige Einzelheiten der gestrigen Auction, welche Kunstfreunde interessieren können. Es erzielten: drei Corot „Morgen“, „Abend“ und „Biblis“ 156 000 Franken; ein Jagdbild von Courbet 76 000 Franken, der „Troubadour“ von Couture 14 000, zwei Daubigny, eine Schafherde und ein Waldbach, zusammen 57 100; der „von seinen Brüdern verkaufte Joseph“ Decamps' 40 500; die „Heimkehr Chr. Columbus“ von Delacroix 36 000, „Othello und Desdemona“ von demselben 15 000 Franken. Die Meissonnier erzielten zusammen (24 Gemälde, 7 Zeichnungen und Aquarellen) 1116 150 Franken. Der Herzog von Aumale bezahlte für die „Kittaffiere von 1805“ 190 000 Franken. Wie es heißt, hat der Vertreter der amerikanischen Art Association Herrn Antonin Proust das Anerbieten gemacht, 50 000 Franken für die Armen von Paris zu geben, wenn er ihm das „Angelus“ Millet's um den Auctionspreis von 553 000 Franken überlassen wollte. Es scheint aber, daß Herr Proust auf diesen Vorschlag nicht eingehen wird, da er erklärte, er mit Hilfe des Syndicats bis zu einer Million licitirt hätte. In diesem Syndicat befindet sich der dänische Brauer Jacobien, welcher einen hohen Betrag geschenkt hatte, um das Bild Millet's für Frankreich zu erhalten. Auch der Maler Munachy stellte Herrn Proust eine stattliche Summe zur Verfügung. Ein Amerikaner, welcher der Versteigerung beizuwohnen, übergab dem Vertreter des französischen Syndicats 10 000 Franken, weil seine Landsleute den Franzosen den Besitz des „Angelus“ in so erbitterter Weise streitig machten. Herr Odet aus Brüssel hat die von ihm um 84 000 Franken erstandene „Biblis“ von Corot Herrn Proust für die Weltausstellung überlassen.

Austern. Nach einer Mittheilung aus Ostende stellt sich die Zahl der in Paris jährlich verzehrten Austern auf mehr als 100 Millionen Stück. In Calais sammeln fünf große Austernfahne 600—700 000 Stück, welche mit 35—40 Francs für je 1240 Stück sofort Abzug finden. Auf der Insel Ré beschäftigt der Fang 2000 Arbeiter. In den berühmten Parks zu Marmes werden jährlich gegen 50 Millionen Austern geachtet, die mit 150—6 Francs das Hundert bezahlt werden. Weit bedeutender aber ist der Verbrauch in England, wo sich für London allein der Jahresverbrauch auf rund 500 Millionen Stück stellt, und besonders in den Vereinigten Staaten, wo der Jahresbedarf etwa 15 Millionen Schiffe beträgt, deren jeder 30 Liter enthält. Die Stadt Baltimore allein beschäftigt während der acht Austern-Monate 500 Schifferfahne und 3000 Arbeiter.

Mit Gas. Ein Arzt berichtet dem „Kl. Z.“: Ein Knabe wollte von dem Hausarzt seiner Eltern sich einen Zahn ziehen lassen. „Aber nur mit Gas, Herr Doctor“, wimmerte der Junge, der keine Ahnung hatte, was das für ein Gas sei, bei dem man schmerzlos Zähne los werden kann. — „Soll ich Dir eine oder zwei Flammen anzünden“, meinte der Arzt. — „Ach, zwei, Herr Doctor!“ — „Gut, mein Junge.“ — Die Flammen wurden angezündet und das Büchsen wurde auf normale Weise von dem Nerven erregenden Störfried in Gestalt eines caribischen Zahns befreit. Der Junge meinte aber nachher: „Mit Gas thut es auch weh, Herr Doctor.“

Mit seinem Empfang auf englischem Boden kann der persische Potentat zufrieden sein. Die fgl. Yacht „Victoria und Albert“ mit dem Schah und dessen Gefolge an Bord lief, von Antwerpen kommend, gestern Vormittag 11 1/2 Uhr in die Themse ein und wurde von dem Panzergeschwader unter dem Befehl des Vice-Admirals Leithbridge mit Salutal-falven empfangen. Die Schiffe des Geschwaders waren reich besetzt und die in den Rängen aufgestellten Mannschaften stimmten kräftige Hurrahs an, als die Yacht mit dem Schah vorüberfuhr. Um 1 Uhr 45 Minuten langte die fgl. Yacht am Fort Tilbury an und ging dort vor Anker. Dasselbst hatten sich zum Empfange des persischen Herrschers unzählige Vergnügungsdampfer und Boote aller Art, alle in buntem Fahnen Schmucke, eingefunden, welche die fgl. Yacht umringten. Das Wetter war herrlich und die Hitze wurde durch eine kühle östliche Brise gemäßig. Bald nach drei Uhr langte der festlich geschmückte Themsedampfer „Duke of Edinburgh“ in Gravesend an, an dessen Bord sich der Prinz von Wales, dessen Söhne, der Großfürst Georg von Russland (zweiter Sohn des Zaren) und Viscount Torrington (als Vertreter der Königin) befanden. Der Thronfolger erschien in englischer Feldmarschallsuniform, Prinz Albert Victor in Infanterieuniform und Prinz Georg in Marineuniform. Unter dem Donner der Kanonen der umliegenden Forts begab sich der Prinz von Wales mit seinen Begleitern an Bord der fgl. Yacht zur Begrüßung des Schahs, welcher alsdann die fgl. Yacht verließ und sich an Bord des „Duke of Edinburgh“ begab, auf welchem alsdann die Fahrt die Themse hinunter nach Westminster angetreten wurde. Die Geschütze der Forts feuerten neue Salven ab, und das zahlreiche Publikum auf den Uferdämmen und am Ufer wurde nicht müde, Hute und Taschentücher zu schwenken und lebhaft Hurrahs zu rufen. Das Schauspiel schien dem Schah, der auf dem Verdeck stand, in lebhafter Unterhaltung mit dem Prinzen von Wales begriffen, große Freude zu bereiten. Die Themsefahrt glich einem wahren Triumphzuge. Alle Schiffe auf beiden Seiten der Themse hatten Flaggensmuck angelegt; allenthalben waren die persischen Farben (roth und weiß) sichtbar. In Woolwich, Greenwich und auf sämtlichen Pierstationen längs der Themse hatten sich zahlreiche Zuschauer eingefunden. Dichter wurden die Menschenmassen, als sich der „Duke of Edinburgh“ dem eigentlichen London näherte. Die London-Brücke und alle die anderen Brücken über die Themse bis Westminster waren mit Menschen wie besetzt und längs der Themsequais drängte sich Kopf an Kopf. Zwei Torpedoschiffe gaben dem Dampf der Yacht bis Westminster und eine unabsehbare Flotille von mehr oder weniger eleganten Fahrzeugen aller Art folgte. Gegen sechs Uhr erfolgte die Ankunft an dem prachtvoll geschmückten Westminster Pier, woselbst ein eleganter Empfangs-Pavillon errichtet worden und eine Compagnie der Goldstream-Garde mit Fahnen und Regimentsmusik aufgestellt war. Dort hatten sich der Herzog von Cambridge, Prinz Christian von Schleswig-Holstein und der Oberstallmeister Herzog von Portland nebst Gemahlin zur Begrüßung des hohen Gastes eingefunden. Als der Schah landete, präsentierten die Truppen und die Capelle intonierte die persische Hymne. Nach einem kurzen Aufenthalt in dem Pavillon, in welchem die Vorstellungen stattfanden, bestiegen die hohen Herrschaften die bereit gehaltenen Hofequipagen, um nach dem Buckingham-Palast zu fahren. Im ersten Wagen, einem offenen Vierpänner, nahmen der Schah, der Prinz von Wales und dessen beide Söhne Platz, im zweiten saßen der Herzog von Cambridge und Prinz Christian, die übrigen Wagen nahmen das Gefolge des Schahs und der englischen Prinzen ein. Der Schah trug eine schlichte dunkle Uniform mit dem blauen Bande des Hofenbandordens; auf seiner Kammsellmütze prangte die vielbewunderte Brillanten-Krone. Eine Abtheilung berittener Leibgarbier bildete die Escorte der Wagen. So ging der Zug zwischen einem doppelten Spalier von Truppen aller Waffengattungen und dichten Volksmassen, welche lebhaft Hurrahs riefen, Whitehall entlang durch das Thor der Horse-Guards und über die Mall des St. James-Parks zum Buckingham-Palast hin. Im Schlosse wurde der Schah von der Prinzessin von Wales, deren drei Töchtern, der

Prinzessin Louise und dem Marquis von Lorne, sowie von den obersten Hofchargen empfangen. Auf der großen Freitreppe waren die Yeomen der Garde als Ehrenwache aufgestellt und eine Regimentscapelle spielte die persische Hymne. Nach kurzer Begrüßung im Bow-Salon wurde der Schah vom Lordoberstkammerer nach seinen Gemächern geleitet. Nassr-Eddin bewohnt das erste Stockwerk des Palastes, von welchem er eine schöne Aussicht auf den reizenden St. James-Park genießt.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 4. Juli.

• **Postalisches.** Auf Bahnhof Mittelwalde (Schlesien) wird am 5. Juli d. J. eine mit der Postzweigstelle dafelbst vereinigte Telegraphen-anstalt mit beschränktem Tagesdienste eröffnet werden.

• **Der Bezirks-Verein der Stadttheile südlich der Verbindungsbahn** veranlaßt am 2. Juli cr. unter der Leitung seines Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Wienand, über nachfolgende Punkte der Tagesordnung: Die seitens des Magistrats in Sachen der Verlegung der Verbindungsbahn den betreffenden königlichen Behörden gegenüber beobachtete, das Interesse der Commune wahrende Haltung hat auch im Bereiche des diesseitigen Bezirks, dessen Bewohner vorzugsweise in Mitleidenchaft gezogen sind, sich ungetheilte Anerkennung zu erfreuen gehabt. Aus diesem Anlaß beantragt der Vorstand, dem Magistrat mittelst Zustimmungsadresse den Dank des Bezirks-Vereins abzulassen. Das betreffende Schriftstück bringt der Vorsitzende zur Berlesung. Dessen Inhalt fand allseitigen Beifall. Im Weiteren bewilligt die Versammlung auf Vorschlag des Vorstandes einen Beitrag in Höhe von 30 M. zur Unterstützung der Kinder-Ferien-Colonien. — Von der Erhebung eines Eintrittsgeldes wird fortan Abstand genommen und die Bedingungen zur Erwerbung der Mitgliedschaft werden dahin abgeändert, daß Mitglied des Vereins jeder unbefohlene Einwohner Breslaus werden kann, welcher das 21. Lebensjahr vollendet hat. Zu den Vereins-Versammlungen soll nunmehr in der Regel auf den ersten Mittwoch eines Monats eingeladen werden.

• **Abbruch von Buben.** Die drei Buben Nr. 60, 61 und 67/68 an der Ostseite des Rathhauses, in der Nähe der Staupfäule, sind durch die Stadtbauführer-Verwaltung meistbietend verkauft und sofort abgebrochen worden.

Telegramme.

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

t. Paris, 4. Juli. Alle Blätter fordern die Kammer auf, sich zu vertagen, da sie arbeitsunfähig geworden sei. Die Anwaltskammer verbot Reguere die Ausübung der Anwaltschaft.

(Aus Wolffs telegraphischem Bureau.)

Wien, 4. Juli. Der Bericht des Budgetausschusses der österreichischen Delegation über das Budget des auswärtigen paragrafiri im allgemeinen Theile kurz die Erklärungen des Ministers, berührt namentlich das Serbien, Rumänien und Bulgarien von der Regierung entgegengebrachte Wohlwollen und schließt: Die Betonung des Ministers, daß er sich seiner Verantwortlichkeit voll bewußt sei, der Güter des Friedens und der Machtstellung des Reiches zu sein, fand die volle Würdigung des Ausschusses. Das Bemühen eigener Kraft und die Ueberzeugung des Rechtes sei die Stärke der Monarchie. Diese Kraft, dieses gute Recht zu erhalten und in enger Verbindung mit treuen Allirten das gute Einvernehmen zu allen Mächten zu pflegen, sei die Aufgabe der Regierung. Mit vollem Vertrauen verfolgt der Ausschuss die Thätigkeit des Ministers auf dieser Bahn und beantragt die Bewilligung der geforderten Budgetposten.

Bern, 4. Juli. Gestern unterzeichneten das Bundesrathsmittglied Droz und der belgische Gesandte Jooris den neuen Handelsvertrag mit Belgien, welcher an Stelle des bisherigen Meißbegünstigungs-verhältnisses tritt.

Paris, 4. Juli. Von den bei der Katastrophe in Saint Etienne Verunglückten sind bis jetzt 16 Leichen, 10 Schwerverwundete herausgeholt. Die Rettungsarbeiten mußten wegen Ueberfluthung auf den Gruben von Saint Louis, welche mit denen von Vergilleux zu-

ammenhängen, eingestellt werden. Truppen bewachen die Gruben und hindern das Eindringen der Volksmenge. Zwei Ingenieure, welche einfahren wollten, mußten halberlickt an die Oberfläche geschafft werden. Carnot und der Minister für die öffentlichen Bauten sandten Hilfsmittel.

Breslauer-Telegramme.

Breslau, 3. Juli, 12 Uhr Mitt. D. B. 4,29 m. U. B. — 0,60 m.
— 4. Juli, 12 Uhr Mitt. D. B. 4,27 m. U. B. — 0,64 m.

Litterarisches.

Jahrbuch der Naturwissenschaften 1888—1889 von Dr. Max Bildermann unter Mitwirkung von Fachmännern herausgegeben. Mit 18 Holzschnitten. Freiburg im Breisgau, Herder'sche Verlagshandlung. — Das Buch giebt Nachenschaft von den hervorragenden Fortschritten auf den Gebieten: Physik, Chemie und chemische Technologie; Mechanik; Astronomie und mathematische Geographie; Meteorologie und physikalische Geographie; Zoologie und Botanik, Forst- und Landwirthschaft; Mineralogie und Geologie; Anthropologie und Urgeschichte; Gesundheitspflege, Medicin und Physiologie; Handel, Industrie und Verkehr; Länder- und Völkerverkunde. — Wenn die fortschreitende Bewegung auf diesen Gebieten auch dem Fachgelehrten, welchem wissenschaftliche und technische Zeitschriften und die neueren Erscheinungen des Buchermarktes zugänglich sind, nicht unbekannt bleibt, so dürfte das doch der Fall sein bei dem gebildeten Laienpublikum, welchem mit diesem Buche eine vor- treffliche Uebersicht über die Fortschritte auf den genannten Gebieten ge- boten wird. Für Vereine, in welchen wissenschaftliche Vorträge gehalten werden, ist es geradezu ein notwendiges Compendium zur Beantwortung vieler Fragen über Erscheinungen der Natur. Manchem Gewerbetreibenden und Fabrikanten dürften die Artikel über Physik, Chemie und chem. Technologie und Mechanik großen Nutzen bringen. — oe.

Handels-Zeitung.

Magdeburg, 4. Juli. Zuckerbörse. (Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

	3. Juli.	4. Juli.
Rendement Basis 92 pCt. Rend.	—	—
Rendement Basis 88 pCt.	—	32,00
Nachprodukte Basis 75 pCt.	21,00—24,30	21,00—24,30
Brod-Raffinade f.	—	—
Brod-Raffinade f.	37,75—38,50	37,75—38,50
Gem. Raffinade II.	37,50—37,75	37,50—37,75
Gem. Melis I.	36,50—37,00	36,50—37,00
Tendenz: Rohzucker ruhig. — Raffinirte unverändert.		
Termine. Juli 28,90, October-Dechr. 16,55. Fest.		

Kaffeemarkt. Hamburg, 4. Juli, 12 Uhr 50 Min. Mittags. [Bericht von Siegmund Robinow & Sohn in Hamburg, vertreten durch Ludwig Friedländer in Breslau.] Juli 1889 — August 1889 — September 1889 68 1/4, October 1889 — December 1889 89 1/4, März 1890 69, Mai 1890 69. Tendenz: Ruhig. — Zufuhr von Rio 9000 Sack, von Santos 9000 Sack.

Frankenstern, 3. Juli. [Marktbericht.] Nach den amtlichen Ermittlungen wurden auf dem heute stattgehabten Wochenmarkt bezahlt pro 100 Kgr.: Weizen 17,60—17,30—16,10 M., Roggen 14,20—13,80—13,50 M., Gerste 14,40—13,70—12,90 M., Hafer 16,70 bis 15,90—15,10 M., Erbsen 14,10 M., Kartoffeln 4,00 M., Hen 7,00 M., Stroh 4,75 M., Butter (1 Kgr.) 2,00 M., Eier (Schöck) 2,20 M.

Neustadt OS., 3. Juli. [Wochenmarktbericht von Franz Furch.] Der gestrige Wochenmarkt war für die Jahreszeit (Anfang der Ernte in einzelnen Ortschaften des Kreises) gut befahren, auch Käufer voll am Platz. Gegen die Vorwoche wurde Hafer und Roggen einzeln höher bezahlt und Preise wie folgt angelegt: per 100 Kilogr. Weizen 16,50—17,50 M., Roggen 13,60—14,30 M., Gerste 12,50—15,20 M., Hafer 14,00—16,00 M., per 600 Kgr. Roggenlangstroh 24,00—26,00 M.

s. Grottkau, 2. Juli. [Viehmarkt.] Auf dem gestern hier abgehaltenen Viehmarkt entwickelte sich ein reges Leben. Käufer und Verkäufer waren zahlreich eingetroffen. In Folge des Futtermangels, der sich auch im hiesigen Kreise wegen der grossen andauernden Trockenheit geltend macht, war das Angebot der Rinder sehr stark und die für das Rindvieh erzielten Preise waren nur gering. Schweine waren zahlreich aufgetrieben; die dafür erzielten Preise waren verhältnissmässig hoch. Es standen zum Verkauf: 86 Pferde, 104 Stück Rindvieh und 950 Stück Schwarzwieh.

4. Breslau, 4. Juli. [Von der Börse.] Die Börse war heute anfangs ausserordentlich still, die Tendenz aber fest. Erst später entwickelte sich ein umfangreicheres Geschäft in türkischen Werthen und sowohl Anleihe, wie Loose wurden bei steigender Richtung schlank aus dem Markte genommen. Namentlich wurde türkische Anleihe lebhaft umgesetzt, während der Verkehr in Loosen in Folge Zurückhaltung seitens der Abgeber sich in engeren Grenzen bewegte. Oesterr. Werthe, Rubelnoten und Bergwerke blieben vernachlässigt, aber gut behauptet. Der Schluss ist demnach als freundlich zu bezeichnen.

Per ultimo Juli (Course von 11 bis 1 1/4 Uhr): Oesterr. Credit-Actien 161 1/2 Gd., Ungar. Goldrente 86 1/2 bez., Ungar. Papierrente 81 1/2 bez., Vereinigte Königs- und Laurahütte 137 1/4 bez., Donnersmarchhütte 73 bez. u. Gd., Oberschles. Eisenbahnbedarf 103—1 1/2 bez., Russ. 1880er Anleihe 91 bez., Orient-Anleihe II 64 bez., Russ. Valuta 208 1/4 bez., Türken 16 3/8—1 1/2 bez., Egypter 91 1/4 bez., Italiener 96 1/2 bez., Türkenloose 72 1/4—74 1/2 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolffs Telegr. Bureau.)

Berlin, 4. Juli, 11 Uhr 50 Min. Credit-Actien 162, —. Disconto-Commandit —, —. Fest.

Berlin, 4. Juli, 12 Uhr 20 Min. Credit-Actien 162, —. Staatsbahn 98, —. Italiener 96, 10. Laurahütte 137, 90. 1880er Russen 90, 80. Russ. Noten 208, 20. 4proc. Ungar. Goldrente 86, 20. Russ. 4 1/2 consol. Anleihe 1889, I. Serie, 90, 90. Orient-Anleihe II 64, 30. Manzer 125, 70. Disconto-Commandit 229, 20. 4proc. Egypter 91, 75. Ziemlich fest.

Wien, 4. Juli, 10 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Actien 301, 85. Marknoten 58, 25. 4 1/2 ungar. Goldrente 100, 45. Ruhig.

Wien, 4. Juli, 11 Uhr 10 Min. Oesterr. Credit-Actien 301, 75. Staatsbahn 227, 25. Lombarden 121, —. Galizier 201, 75. Oesterr. Silberrente 84, 55. Marknoten 58, 15. 4proc. ungar. Goldrente 100, 45. dto. Papierrente 94, 95. Elbethalbahn 213, —. Behauptet.

Frankfurt a. M., 4. Juli. Mittags. Credit Actien 258, 25. Staatsbahn 195, 25. Lombarden —, —. Galizier —, —. Ungarische Goldrente 86, 50. Egypter 91, 80. Laura —, —. Fest.

Paris, 4. Juli. 3 1/2 Rente 84, 22 1/2. Neueste Anleihe 1878 104, 80. Italiener 97, 05. Staatsbahn 497, 50. Lombarden —, —. Egypter 155, 93. Unentschieden.

London, 4. Juli. Consols 98, 09. 4 1/2 Russen von 1889, II. Ser. 90, 25. Egypter 90, 50. Bewölkt.

Wien, 4. Juli. [Schluss-Course.] Ruhig.
Cours vom 3. 4. Cours vom 3. 4.
Credit-Actien... 301 35 301 65 Marknoten... 58 20 58 15
St.-Eis.-A.-Cert. — 227 65 4 1/2 ungar. Goldrente. 100 30 100 50
Lomb. Eisenb. 119 50 121 50 Silberrente... 84 25 84 55
Galizier... 201 75 201 75 London... 119 — 118 90
Napoleons'or. 9 43 1/2 9 43 Ungar. Papierrente. 94 75 95 —

Cours-Blatt.

Breslau, 4. Juli 1889.

Berlin, 4. Juli. [Amtliche Schluss-Course.] Ziemlich fest.			
Eisenbahn-Stamm-Actien.		Inländische Fonds.	
Cours vom 3. 4.		Cours vom 3. 4.	
Galiz. Carl-Ludw.-B.	87 — 86 50	D. Reichs-Anl. 4 ¹ / ₂	108 20 108 50
Gotthardt-Bahn	156 10 155 50	do. do. 3 ¹ / ₂	104 20 104 20
Lübeck-Büchen	189 50 190 50	Posener Pfandbr. 4 ¹ / ₂	101 90 101 70
Mainz-Ludwigshaf.	125 — 126 20	do. do. 3 ¹ / ₂	101 40 101 50
Mittelmeerbahn	121 70 121 70	Preuss. 4 ¹ / ₂ cons. Anl.	106 80 106 90
Warschau-Wien ult.	205 50 207 50	do. 3 ¹ / ₂ do.	105 70 105 60
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		do. Pr.-Anl. 4 ¹ / ₂	171 40 171 40
Breslau-Warschau	69 20 69 40	do 3 ¹ / ₂ S.-Schldsch.	101 40 101 10
Ostpreuss. Südbahn	120 — 119 60	Schl. 3 ¹ / ₂ Pfdb. L.A.	101 70 101 70
Bank-Actien.		do. Rentenbriefe	105 50 105 60
Bresl. Discontobank	110 20 110 10	Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	
do. Wechselbank	107 20 107 —	Oberschl. 3 ¹ / ₂ Lit.E.	101 80 101 90
Deutsche Bank	169 50 169 50	do. 4 ¹ / ₂	103 90 103 90
Disc.-Command. ult.	228 50 229 20	R.-O.-U.-Bahn 4 ¹ / ₂	— — — —
Oest. Cred.-Anst. ult.	161 60 161 90	Ausländische Fonds.	
Schles. Bankverein	132 20 132 30	Egypter 4 ¹ / ₂	91 80 91 90
Industrie-Gesellschaften.		Italienische Rente	96 20 96 40
Archimedes	140 — — —	do. Eisenb.-Oblig.	60 30 60 30
Bismarckhütte	201 70 201 —	Mexikaner	96 90 96 90
Bochum-Gusssthl.	207 — 206 70	Oest. 4 ¹ / ₂ Goldrente	94 40 94 50
Bresl. Bierbr. Wiesner	51 — 51 —	do. 4 ¹ / ₂ Papirr.	— — — —
do. Eisenb. Wagenb.	173 90 174 —	do. 4 ¹ / ₂ Silber.	72 70 72 70
do. Pferdebahn	149 — 149 —	do. 1860er Loose	123 — 123 20
do. vereim. Oelfabr.	97 — 96 40	Poin. 5 ¹ / ₂ Pfandbr.	63 — 63 20
Cement-Giesel	149 90 149 90	do. Liq.-Pfandbr.	57 50 57 10
Donnersmarchh.	73 — 73 —	Rum. 5 ¹ / ₂ Staats-Obl.	96 70 96 50
Dortm. Union-St.-Pr.	90 75 92 40	do. 6 ¹ / ₂ do. do.	107 50 107 40
Erismannsd. Spinn.	106 40 104 70	Russ. 1880er Anleihe	90 80 90 90
Fraust. Zuckerfabrik	191 50 191 50	do. 1889er Serie I	91 — 91 20
Görl. Eis.-Bd. (Lüders)	181 90 181 —	do. 4 ¹ / ₂ Cr.-Pfor.	96 30 96 10
Hofm. Waggonfabrik	164 10 164 60	do. Orient-Anl. II.	64 30 64 20
Kramsch Leinen-Ind.	139 — 138 70	Serb. amont. Rente	84 40 85 —
Laurahütte	137 40 137 70	Türkische Anleihe	16 40 16 70
Obschl. Chamotte-F.	153 50 151 50	do. Loose	72 — 74 50
do. Eisb.-Bed.	102 50 103 —	do. Tabaks-Actien	100 — — —
do. Eisen-Ind.	202 — 201 50	Ung. 4 ¹ / ₂ Goldrente	86 50 86 60
do. Portl.-Cem.	134 — 134 20	do. Papierrente	81 60 81 90
Oppeln. Portl.-Cem.	119 90 120 50	Banknoten.	
Regenhütte St.-Pr.	137 — 137 50	Oest. Bankn. 100 Fl.	171 95 171 95
do. Oblig.	116 50 116 70	Russ. Bankn. 100 SR.	208 70 208 50
Schlesischer Cement	189 — 191 50	Wechsel.	
do. Dampf-Comp.	125 20 — —	Amsterdam 8 T.	— — 169 50
do. Feuerversich.	— — — —	London 1 Lstrl. 8 T.	— — 20 45
do. Zinkh. St.-Act.	170 25 170 20	do. 1 — 3 M.	— — 20 37
do. St.-Pr.-Act.	170 50 170 20	Paris 100 Frs. 8 T.	— — 81 20
Tarnowitzer Act.	30 70 30 70	Wien 100 Fl. 8 T.	171 70 171 70
do. St.-Pr.	101 60 101 70	do. 100 Fl. 2 M.	170 75 170 75
Privat-Discont 1 ¹ / ₂ 1/2.		Warschau 100 SR. 8 T.	208 60 208 25
Glasgow, 4. Juli, 11 Uhr 10 Min. Vorm. Roheisen Mixed numbers warrants 43. 7 ¹ / ₂ .			

Letzte Course.

Berlin, 4. Juli, 3 Uhr 30 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Matter.

Cours vom 3. 4.		Cours vom 3. 4.	
Berl. Handelsbes. ult.	169 50 169 12	Ostpr. Südb.-Act. ult.	101 — 100 75
Disc.-Command. ult.	229 50 228 37	Drum. Union-St. Pr. ult.	91 75 91 —
Oesterr. Credit. ult.	162 12 161 50	Laurahütte	137 75 136 62
Franzosen	98 12 97 62	Egypter	91 75 91 37
Galizier	86 62 86 37	Italiener	96 12 96 12
Lombarden	52 12 52 12	Russ. 1880er Anl. ult.	90 87 90 75
Lübeck-Büchen ult.	191 — 190 37	Türkenloose	71 50 74 50
Mainz-Ludwigsh. ult.	125 87 125 87	Russ. II. Orient-Anl.	64 37 64 12
Marienb.-Mlawka ult.	66 25 66 —	Russ. Banknoten ult.	208 75 208 —
Mecklenburger	166 75 166 50	Ungar. Goldrente ult.	86 37 86 25

Producten-Börse.

Berlin, 4. Juli, 12 Uhr 20 Minuten. [Anfangs-Course.] Weizen (gelber) Juli 187, 25, September-October 187, 25. Roggen Juli-August 151, 75, September-October 156, —. Rüböl Juli 58, 30. Sept.-Oct. 57, 40. Spiritus 70er Juli-Aug. 34, 30, Sept.-Oct. 35, —. Petroleum loco 23, 70. Hafer Juli 148, 50.

Berlin, 4. Juli. [Schlussbericht.]

Cours vom 3. 4.		Cours vom 3. 4.	
Weizen p. 1000 Kgr.	187 50 186 —	Rüböl pr. 100 Kgr.	58 30 58 10
Verflaut.	187 — 185 75	Matter.	57 70 57 30
Juli	187 — 185 75	Septbr.-Octbr.	57 70 57 30
Septbr.-Octbr.	187 — 185 75	Spirit.	pr. 10000 L.-pCt.
Roggen p. 1000 Kgr.		Flau.	Ruhig.
Juli-August	151 75 150 —	Loco mit 70 M. verst.	35 60 35 70
Septbr.-Octbr.	155 75 154 75	Juli-August 70er	34 30 34 20
Octbr.-Novbr.	157 25 155 75	Septbr.-Octbr. 70er	34 90 34 80
Hafer pr. 1000 Kgr.	147 50 147 50	Loco mit 50 M. verst.	55 60 55 50
Juli	148 75 147 50	Juli-August 50er	53 80 53 70
Septbr.-October	147 — 145 —	Septbr.-Octbr. 50er	54 40 54 40
Stettin, 4. Juli. — Uhr — Min.		Cours vom 3. 4.	
Weizen p. 1000 Kgr.	178 50 178 50	Rüböl pr. 100 Kgr.	59 — 58 70
Unverändert.	183 50 183 50	Ruhig.	58 — 57 70
Juli-August	178 50 178 50	Septbr.-Octbr.	58 — 57 70
Septbr.-Octbr.	183 50 183 50	Spirit.	pr. 10000 L.-pCt.
Roggen p. 1000 Kgr.		Unverändert.	Ruhig.
Juli-August	150 50 150 50	Loco mit 50 M. verst.	54 80 55 —
Septbr.-Octbr.	152 50 152 50	Loco mit 70 M. verst.	35 — 35 20
Juli-August 70er	33 80 34 —	Juli-August 70er	33 80 34 —
August-Septbr. 70er	34 20 34 50	August-Septbr. 70er	34 20 34 50

• **Insolvenzen an der Wiener Getreidebörse.** Das „N. W. Tgbl.“ berichtet: An der Fruchtbörse macht die Insolvenz einiger Couleissiers unliebsames Aufsehen. Dieselben waren stark à la Baisse engagirt und vermochten bei den in Folge der nunmehr zweifellos mittelmässigen oder gar schlechten Ernten in Ungarn und Russland unaufhaltsam steigenden Getreidepreisen ihre Position nicht länger aufrecht zu erhalten. Die Verbindlichkeiten der drei Insolventen schwanken zwischen einigen und dreissig- und hunderttausend Gulden, dürften im Ganzen jedoch nicht den Betrag von 200 000 G. erreichen.

